



Dr. Norbert Röttgen

Mitglied des Deutschen Bundestages
-
Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses
-
Bundesminister a.D.

Wahlkreisbüro

53639 Königswinter, Johannes-Albers-Allee 3
Tel.: 02223 – 73168
norbert.roettgen.wk@bundestag.de
www.norbert-roettgen.de

Volkspartei CDU stärken – Wahlen gewinnen

Wie beurteilen Sie den aktuellen Zustand unserer Demokratie? Sehen Sie angesichts des Erstarkens rechtspopulistischer Parteien und extremer Bewegungen politischen Handlungsbedarf für die CDU? Was braucht es Ihrer Meinung nach zur Stärkung der Akzeptanz des demokratischen Systems?

Antwort

Wir können mit Stolz und Freude sagen, dass wir in Deutschland in einer stabilen Demokratie leben. Die ernsteste Bedrohung unserer Demokratie von innen geht von rechtsextremen Bewegungen und Parteien aus. Diesen müssen wir uns entschieden und klar entgegenstellen. Genauso wichtig ist aber, die Ursachen zu erkennen, warum Menschen sich von rechtsextremen Ideologien verführen lassen, und diese Ursachen zu beseitigen.

Eine Ursache besteht darin, dass Menschen sich allein- und im Stich gelassen fühlen – sozial, ökonomisch und / oder kulturell. Hier muss die Politik ansetzen.

Das Handeln der Politik in der ersten Corona-Welle hat bewirkt, dass gerade die CDU enorm viel Vertrauen zurückgewonnen hat. Aus meiner Sicht lag das daran, dass die Bürgerinnen und Bürger sich in dieser außergewöhnlichen Situation ernst genommen gefühlt haben. Sie wurden ehrlich und transparent informiert. Die politisch Verantwortlichen haben offen kommuniziert und dabei nicht den Eindruck zu erwecken versucht, alles zu wissen. Sie haben wissenschaftlichen Rat eingeholt und auf dieser Basis rationale Entscheidungen getroffen. So konnte die Pandemie im Frühjahr unter Kontrolle gebracht werden. Die Bürgerinnen und Bürger haben den

Staat in dieser Situation in seiner originären Schutzfunktion erlebt. Das hat Vertrauen geschaffen. Ein solches Vertrauen in den Staat und die Politik ist aus meiner Sicht der beste Schutz davor, dass Rechtsextreme Zulauf erhalten und das beste Mittel, um das demokratische System zu stärken.

Wie halten Sie es mit der AfD und der Linken? Kommen für Sie Mehrheiten bei Abstimmungen für Unionsanliegen in Frage, die nur mit deren Stimmen möglich werden?

Antwort

Zunächst ist es mir wichtig, zwischen AfD und der Linkspartei zu unterscheiden. Eine Zusammenarbeit der CDU mit beiden Parteien ist ausgeschlossen – aber aus unterschiedlichen Gründen.

Die AfD ist eine rechtspopulistische Partei, deren Führung die bewusste Entscheidung trifft, keine Abgrenzung zu rechtsextremen Funktionären, Mitgliedern und Wählern und keine Abgrenzung zu rechtsextremem Gedankengut vorzunehmen. Die AfD muss aus diesem Grund von uns politisch hart und konsequent bekämpft werden.

Die Linke lehnt inhaltlich praktisch alles ab, was die CDU ausmacht: die Soziale Marktwirtschaft, das transatlantische Verhältnis und auch das unvoreingenommene Eintreten für die Menschenrechte. Besonders die unkritische bis unterstützende Haltung gegenüber der Politik Russlands unter Wladimir Putin in der Ukraine, in Belarus und Syrien ist unvereinbar mit den Werten und Grundüberzeugungen der CDU. Aus diesem Grund ist eine Kooperation der CDU mit der Linkspartei ausgeschlossen.

Im Hinblick auf parlamentarische Entscheidungen sollte die CDU einerseits alles daran setzen, dass der Konsens der demokratischen Parteien eine entscheidende Rolle der AfD bei Abstimmungen verhindert. Andererseits darf die CDU sich ihre Politikfähigkeit nicht von anderen Parteien definieren oder diktieren lassen. Im Landtag von Sachsen-Anhalt haben SPD und die Grünen genau dies kürzlich versucht, indem sie eine im Koalitionsvertrag gemeinsam vereinbarte Position im Hinblick auf die Rundfunkbeiträge verlassen und die AfD benutzt haben für politisches Taktieren gegen die CDU, die bei der gemeinsamen Position verblieben war.

Wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf für die CDU, um langfristig Volkspartei und strukturell mehrheitsfähig zu bleiben?

Antwort

Die CDU ist die letzte verbliebene Volkspartei in Deutschland. Dies müssen wir bleiben, und zwar vor allem um der politischen Stabilität unseres Landes willen. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist, dass wir nahe an der Bevölkerung sind, dass wir ihre Zusammensetzung, dass wir Entwicklungen und die relevanten Themen ständig neu aufnehmen und sowohl personell wie im Hinblick auf unser Handeln widerspiegeln. Um unseren Charakter als Volkspartei zu wahren, müssen wir uns verändern. Denn auch die Bevölkerung ist nicht statisch, sondern ständig in Entwicklung. Konkret: Die CDU muss weiblicher werden. Die CDU muss jünger werden. Die CDU muss digitaler werden – und zwar im Hinblick auf ihre Arbeitsweise und auf ihre Sprache gegenüber jungen Menschen. Und die CDU muss vor allem solche Themen, die – wie die Klimapolitik – einen definierenden Charakter für die junge Generation haben, zu einem festen Bestandteil ihrer Kompetenz machen und glaubwürdig vertreten.

Welche Bedeutung messen Sie Wählerinnen für die Mehrheitsfähigkeit der CDU zu? Wie wollen Sie dieses Wählerpotential sichern und ausbauen?

Antwort

Die Bedeutung der Wählerinnen für die Mehrheitsfähigkeit der CDU liegt darin, dass sie 50 Prozent der Wählerschaft ausmachen. Bei der letzten Bundestagswahl haben in allen Altersgruppen mehr Frauen als Männer die CDU gewählt. Frauen sind uns also grundsätzlich wohlgesonnen. Dieses Vertrauen und dieses Potential gilt es zu sichern und auszubauen. Wir müssen erreichen, dass Frauen grundsätzlich paritätisch in der CDU mitwirken, dass sie also viel sichtbarer und einflussreicher werden, als es heute der Fall ist. Gleichzeitig muss die CDU aus Verantwortung und im eigenen Interesse die Lebenswirklichkeiten der Frauen in deutlich stärkerem Maße in praktische Politik einfließen lassen. Dazu gehört nach wie vor ganz wesentlich die bessere Vereinbarkeit von Familie – Kinderbetreuung und Pflege der Eltern – und Beruf und ehrenamtlicher Tätigkeit.

Was verstehen sie unter moderner Parteiarbeit? Was wollen Sie konkret verändern?

Antwort

Das Ziel einer modernen Parteiarbeit besteht darin, dass die CDU die prägende Volkspartei in Deutschland bleibt. Moderne Parteiarbeit hat eine organisatorische, eine kommunikative und – nicht zuletzt - eine inhaltliche Ebene. Wenn die Bindungsbereitschaft gegenüber Parteien allgemein zurückgeht, das politische Interesse aber weiter vorhanden ist und teilweise sogar zunimmt, sollten wir Bürgerinnen und Bürgern zunächst Projekte zur Mitarbeit in der CDU anbieten und so Bindung schaffen, statt Aktivität von vornherein von einer Mitgliedschaft abhängig zu machen. So können wir Parteibindung über Projektbindung erreichen. Gleichzeitig müssen wir mehr Toleranz aufbringen gegenüber bestimmten Lebenssituationen und organisatorische Antworten darauf finden. So könnten hybride Formen der Mitarbeit hilfreich sein, um aktiven Mitgliedern, die in der Erziehungsphase sind, die Mitarbeit zu erleichtern. Das gleiche gilt für junge Menschen, die mit dem Aufbau einer Beziehung beschäftigt sind oder einen Auslandsaufenthalt absolvieren. In kommunikativer Hinsicht halte ich es für entscheidend, dass die CDU die Sprache der jungen Generation zu lernen bereit ist und sich in die Lage bringt, diese auch in den sozialen Medien anzuwenden.

Moderne Parteiarbeit besteht darin, dass Mitglieder und Funktionsträger sich wirklich als Akteure der Partei erleben und zwar vor allem, was die Meinungsbildung in der Partei angeht.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den Frauenanteil unter den CDU-Mitgliedern steigern?

Antwort

Frauen müssen an der Parteiarbeit in paritätischer Weise beteiligt sein und entsprechend sichtbar werden. Das ist ein Prozess, der von oben nach unten vorgelebt werden muss. Ebenso wie bei jungen Menschen, müssen wir auf spezifische Lebenssituationen von Frauen stärker eingehen und Antworten finden. Hybride Veranstaltungsformen können auch hier helfen. Zudem gilt es, die Themen, die die Frauen beschäftigen, stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Dazu gehören nach wie vor die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt, des Weiteren die gleiche Teilhabe

am Arbeitsleben sowie Entlastung und Unterstützung bei der Mehrfachbelastung, die gerade Frauen oft trifft. Wir müssen eine innerparteiliche Kultur schaffen, in der Frauen gerne bei uns mitmachen.

Welche Rolle spielt für Sie unter den Vereinigungen die Frauen Union der CDU? Sehen Sie Handlungsbedarf im Hinblick auf Status und Finanzierung der Vereinigungen?

Antwort

Die Frauen Union ist der Motor und die wichtigste Stütze innerhalb der CDU, um die beschriebenen Ziele paritätischer Beteiligung zu erreichen. Fragen zu Status und Finanzierung möchte ich mit den Vereinigungen gemeinsam erörtern und bei Handlungsbedarf in enger Absprache Veränderungen vornehmen.

Werden Sie sich die Vorschläge der Struktur- und Satzungskommission zu eigen machen, für deren Beschluss auf dem nächsten CDU-Programm-Parteitag werben und deren Umsetzung in der Partei aktiv vorantreiben?

Antwort

Ja.

Teilen Sie das Anliegen, zur tatsächlichen Durchsetzung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in Parlamenten das Wahlrecht zu reformieren? Welche gesetzlichen Änderungen kommen für Sie dabei in Frage und wie treiben Sie sie konkret voran?

Antwort

Ich halte es politisch und verfassungsrechtlich für grundsätzlich unterschiedliche Anliegen, einerseits die gleichberechtigte Teilhabe in der CDU durchzusetzen und andererseits sie durch Änderungen des Wahlrechts in Parlamenten zu erreichen. Für Reformen des Wahlrechts sehe ich aus verfassungsrechtlichen Gründen eher geringe Spielräume. Dazu habe ich auch in der CDU bisher noch praktisch keinen Vorschlag gesehen. Wir leisten dem Anliegen der gleichberechtigten Teilhabe an parlamentarischen Mandaten keinen Dienst, wenn gut gemeinte Gesetze am Ende von den Verfassungsgerichten aufgehoben werden.

Werden Sie als Parteivorsitzender ein Kompetenzteam für die Bundestagswahl aufstellen und zu welchem Anteil werden Sie darin Männer und Frauen berücksichtigen?

Antwort

Über die Frage der Bildung eines Kompetenzteams werden die Gremien der Parteiführung entscheiden. Persönlich befürworte ich, dass die CDU mit einer Mannschaftsaufstellung in den Bundestagswahlkampf geht. Selbstverständlich muss es dabei eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern geben.

Werden Sie im Falle einer Kanzlerschaft für den CDU-Teil eines künftigen Bundeskabinetts hälftig Bundesminister und –ministerinnen ernennen? Welche Vorstellungen haben Sie bzgl. der Besetzung anderer Ämter in der Bundesregierung?

Antwort

Ich würde es als Aufgabe der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers betrachten, für die gesamte Bundesregierung das Prinzip paritätischer Beteiligung als Ziel zu verwirklichen. Für den CDU-Teil in einer neuen Bundesregierung kann ich das zusagen. Im Hinblick auf andere Ämter ist zu berücksichtigen, dass diese zum Teil eigene rechtliche Anforderungen haben, die sich z.B. aus dem Beamtenrecht ergeben. Ich halte aber gleichberechtigte Teilhabe für ein Ziel, das grundsätzlich in Staat und Partei gelten und umgesetzt werden sollte.

Mit Inhalten überzeugen

Welche Maßnahmen schlagen Sie vor,

... um die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zur verbessern?

Antwort

Ein Schlüssel ist eine weitergehende qualifizierte Betreuung von Kindern. Als nächster konkreter Schritt sollte deshalb der Rechtsanspruch auf Nachmittagsbetreuung von Grundschulkindern verwirklicht werden.

... um die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern zu schließen?

Antwort

Wir müssen unterscheiden zwischen der strukturellen Lohnlücke, die besteht, weil die typischen Frauenberufe oft schlecht bezahlt werden, und individueller Diskriminierung, der wir durch einen Rechtsanspruch auf gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit begegnen sollten.

Die strukturelle Lücke wird sich nur schließen lassen, indem die klassischen Frauenberufe mehr Anerkennung erhalten und besser bezahlt werden. Gerade in der Pandemie haben wir gesehen, welche hohe systemische Bedeutung gerade diese Berufe haben. Dem verbalen Dank für diese Arbeit müssen jetzt auch politische Entscheidungen sowie finanzielle Anerkennung folgen.

... um die eigenständige Alterssicherung von Frauen zu verbessern und die Rentenlücke zwischen Frauen und Männern zu schließen?

Antwort

Der Rentenanspruch ist ja in der Höhe der Beiträge begründet. Höhere Rentenansprüche erfordern also höhere Beitragszahlungen. Der Schlüssel liegt deshalb auch hier in einer gleichberechtigten Teilhabe am Erwerbsleben. Dafür wiederum ist ein gutes Angebot für die Kinderbetreuung besonders wichtig.

... um die dauerhafte geringfügige Beschäftigung einzudämmen?

Antwort

So vielfältig die Gründe für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sind, so wenig gibt es Pauschallösungen. Die legitime Interessenlage der Beschäftigten in diesem Bereich ist ebenso unterschiedlich wie die der Arbeitgeber. Wichtig ist mir, dass wir gegen Missbrauch entschlossen vorgehen und diesen unterbinden.

... um Pflege zukunftsfest zu machen?

Antwort

Wir haben im Deutschen Bundestag gerade eine Pflegereform eingebracht. Mit dem Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz soll die Finanzlage der

gesetzlichen Krankenkassen stabilisiert werden. Außerdem sollen die Personalsituation in der Altenpflege und in der Geburtshilfe sowie die Unterstützung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen verbessert werden. Dies ist ein wichtiger Schritt, dem aber vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung weitere folgen müssen, um diese wichtige Säule der sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen. Der Attraktivitätssteigerung der Pflegeberufe kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu.

... um zu mehr Frauen in Führungspositionen von Wirtschaft, öffentlichem Dienst und Gesellschaft zu kommen?

Antwort

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir früh ansetzen – bei der Ausbildung ebenso wie bei bedarfsgerechten Betreuungsangeboten, damit Kinder nicht zum Karriereknick führen. Ich befürworte das Ergebnis der vom Koalitionsausschuss eingesetzten Arbeitsgruppe, das unter maßgeblicher Beteiligung der Kolleginnen Nadine Schön, Annette Widmann-Mauz und Silke Launert erreicht worden ist. Danach soll es eine Mindestbeteiligungsquote u.a. für die Vorstände börsennotierter und voll mitbestimmter Unternehmen geben. Bei Vorständen mit mehr als drei Personen soll mindestens ein Platz mit einer Frau besetzt sein. Dies wird dazu führen, dass solche Unternehmen bei der Entwicklung und Rekrutierung von Führungspersonal Frauen stärker berücksichtigen werden, weil Vorstände ohne Frauen jetzt nicht mehr gehen.

... um Frauen vor Gewalt, Ausbeutung und gesundheitlichen Langzeitfolgen durch Prostitution zu schützen und ihnen alternative Berufs- und Lebensperspektiven aufzuzeigen?

Antwort

Ich befürworte das „Nordische Modell“, nach dem im Kern die entgeltliche Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen unter Strafe gestellt wird, das Anbieten jedoch nicht. Außerdem beinhaltet das Modell Unterstützung beim Ausstieg aus der Prostitution.

... um Kinder besser vor Gewalt, sexuellem Missbrauch und Vernachlässigung zu schützen?

Antwort

Kinder bestmöglich zu schützen, ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Um der steigenden Anzahl der Kindeswohlgefährdungen entgegenzuwirken, arbeiten wir unter Hochdruck an einer Reform der Kinder- und Jugendhilfe. Zudem befindet sich ein neues Gesetz zur Bekämpfung sexueller Gewalt gegen Kinder in der parlamentarischen Beratung. Kern des Gesetzentwurfs ist die Verschärfung des Strafrahmens. Künftig soll der bisherige Straftatbestand des sexuellen Kindesmissbrauchs in drei Deliktbereiche eingeteilt werden, um diese übersichtlicher zu gestalten und den Strafrahmen besser anzupassen. Wichtig ist dabei, dass der Grundtatbestand der sexualisierten Gewalt bereits als Verbrechen eingestuft wird. Ebenfalls sollen die Verbreitung, der Besitz und die Besitzverschaffung von Kinderpornographie als Verbrechen eingestuft werden.

... um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, insbesondere mit Blick auf Migration und Integration zu stärken?

Antwort

In einer sich immer stärker ausdifferenzierenden Gesellschaft gerät der gesellschaftliche Zusammenhalt in Gefahr – mit vielfältigen Auswirkungen: Einsamkeit wird zum Trend, Menschen fühlen sich durch die Digitalisierung abgehängt oder mit ihren Sorgen nicht ernstgenommen – mit fatalen Auswirkungen, die sich u.a. in den Wahlergebnissen populistischer Parteien spiegeln.

Einer solchen Entwicklung müssen wir frühzeitig und umfassend entgegenwirken. Das fängt in der Schule an. Bildungschancen dürfen nicht von den finanziellen Mitteln oder der Herkunft der Eltern abhängen. Arbeitnehmer müssen Weiterbildungsangebote erhalten, um mit der digitalen Entwicklung mithalten zu können. Migration zählt zu den großen Trends unserer Zeit. Sie folgt sowohl aus Kriegen, Konflikten und staatlicher Unterdrückung, denen die Menschen entfliehen, sowie als Armutsmigration aus dem krassen Wohlstandsgefälle zwischen Gesellschaften, die in der Globalisierung immer näher aneinanderrücken. Wir müssen alles daransetzen, durch vorausschauende und verzahnte Außen-, Entwicklungs- und Handelspolitik auf die Ursachen von Migration einzuwirken. Ein wirksamer Grenzschutz gehört zum

Selbstverständnis unseres Staates wie der Europäischen Union. Die wichtigsten Schlüssel für gelingende Integration und damit für die Akzeptanz von Migration in der Bevölkerung sind Sprache und Arbeit. Hier gilt es, das Prinzip „Fördern und Fordern“ weiter zu optimieren. Und für ganz wichtig halte ich es, dass wir uns über unsere Erfolge auf diesem Gebiet auch mal richtig freuen. Dass der weltweit erste COVID 19 Impfstoff nicht nur in Deutschland erfunden wurde, sondern von den Kindern türkischer „Gastarbeiter“ ist sensationell.

... für die Zukunftsbereiche Digitalisierung, Klima- und Umweltschutz sowie zur Nachhaltigkeit?

Antwort

Leider liegen wir in der Digitalisierung 10 bis 20 Jahre zurück. Wir brauchen deshalb den digitalen Aufbau Deutschlands, eine neue Agenda „Deutschland Digital 2025“. Um unseren digitalen Rückstand aufzuholen, bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen und gesamtstaatlichen Anstrengung. Digitale Lehrangebote in den Schulen, die Modernisierung der Verwaltung, das Angebot von Videosprechstunden beim Arzt und die Krankenakte, die in digitaler Form den Austausch zwischen Hausarzt und Spezialisten um ein Vielfaches erleichtern würde, die Umsetzung der e-Akte im Justizwesen – dies sind nur einige Bereiche, in denen wir dringend vorankommen müssen.

Der Klima- und Umweltschutz waren mir immer besondere Anliegen und das wird auch so bleiben. Mein Ziel ist, dass die CDU ökologische und klimapolitische Glaubwürdigkeit zurückgewinnt. Wenn uns dies nicht gelingt, verlieren wir eine ganze Generation, nämlich die jungen Menschen. Wir müssen in der Klimapolitik als CDU einen eigenen Anspruch erheben und einen eigenen Ansatz verfolgen, der sich von dem anderer Parteien unterscheidet. Die CDU leitet Klimaschutz aus dem C ab. Die CDU steht für konkreten Fortschritt in der Klimapolitik durch den Einsatz neuer nachhaltiger Technologien und marktwirtschaftlicher Instrumente, wie vor allem den Emissionshandel. Es ist in unserer Regierungszeit gelungen, dass in Deutschland die CO₂-Emissionen im Jahr 2020 um 40 Prozent unter denen von 1990 liegen. Ganz entscheidend ist es, unseren nationalen und europäischen Ansatz nachhaltiger Technologien und marktwirtschaftlicher Instrumente zu internationalisieren. Denn während in Deutschland die CO₂-Emissionen stark gesunken sind, haben sie global nicht aufgehört zu steigen. Wirksamen Klimaschutz gibt es aber nur global und nicht regional. Nachdem der künftige amerikanische Präsident Joe Biden angekündigt hat,

den früheren Außenminister John Kerry zum Sonderbeauftragten für Klimadiplomatie zu ernennen, besteht die große Chance, die transatlantische Klimapolitik gemeinsam zu einem bedeutsamen neuen Projekt zu entwickeln. Deutschland sollte Initiator dieses Projekts sein.

... um die pandemiebedingten Maßnahmen und Einnahmeausfälle zu finanzieren und wo bzw. woran würden Sie sparen?

Antwort

Um die pandemiebedingten wirtschaftlichen Schäden sowie die eingegangenen neuen Schulden in enormer Höhe ausgleichen zu können, halte ich eine ausgeprägte Wachstumspolitik für unverzichtbar. Dabei kann es in einem Land ohne natürliche Rohstoffe nur um Produktivitätswachstum gehen, das auf Innovationen beruht. Wir brauchen also ein innovationsfreundlicheres Umfeld, Anreize für Investitionen vor allem in Infrastruktur und eine Stärkung des einzigartigen deutschen Mittelstandes. Durch ein Belastungsmoratorium für den Mittelstand sollten wir ein klares Zeichen setzen, wie wichtig die kleinen und mittleren, in der Regel familiengeführten Unternehmen für unser Land sind. Wir müssen uns klarmachen, dass es nicht darum geht, das Alte wiederherzustellen. Es geht darum, einen wirtschaftlichen Neustart zu organisieren. Dafür müssen wir auch an den Defiziten arbeiten, die schon vor der Pandemie bestanden haben, aber in der Pandemie noch deutlicher geworden sind. In der Digitalisierung hängen wesentliche Bereiche, vor allem die öffentliche Verwaltung, aber auch unsere Schulen 10 bis 20 Jahre zurück. Die Digitalisierung ist eine strategische Technologie, bei der wir wieder vorne sein müssen, damit unsere Kinder die besten Chancen haben, unsere Arbeitnehmer den sich wandelnden Anforderungen gerecht werden können und unsere Wirtschaft insgesamt wettbewerbsfähig bleibt. Ich plädiere für eine nationale Kraftanstrengung, für einen nationalen Pakt „Deutschland digital 2025“. Selbstverständlich müssen wir nach den enormen Ausgaben zur wirtschaftlichen Abfederung der Pandemie besonders sparsam wirtschaften. Aber Innovationen, Investitionen und Anreize sind die Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg, der nötig ist, um auch die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren.

Und welche davon würden Sie vorrangig z.B. in einem 100-Tage-Regierungsprogramm angehen?

Ich bin nicht sicher, ob das ein richtiges Zeichen wäre. Ein 100 Tage-Programm kündigt in der Regel die Opposition an, die im Falle des Regierungswechsels den langen Handlungsstau der vorherigen Regierung schnell auflösen will. Wir regieren im Jahr 2021 seit 16 Jahren. Die CDU unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel hat unser Land in dieser Zeit gut und sicher durch eine noch nicht dagewesene Krisenzeit geführt. Es geht darum nicht um die nächsten 100 Tage, sondern es geht darum, dass die CDU auf diesem Fundament einen Aufbruch für das nächste Jahrzehnt konzipiert und diesen mit klaren politischen Zielen, Maßnahmen und Projekten für die Menschen greifbar macht.